

Presseinformation

6. August 2026

LH Mikl-Leitner zur aktuellen Hitzewelle: „Politik muss vorsorgen“

Im ständigen Austausch mit allen Sicherheitsbehörden und Landesstellen

„Der Klimaschutz ist eine globale Aufgabe. Die gesamte EU verursacht knapp 6 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen. Österreich ist für rund 0,2 Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich. Und Niederösterreich nimmt auch diese Verantwortung seit vielen Jahren sehr ernst. Die aktuellen Daten des Umweltbundesamts zeigen, dass unser Bundesland in den letzten 20 Jahren den stärksten Emissions-Rückgang aller Bundesländer verzeichnet. Mit einem Minus von 35 Prozent ist Niederösterreich dabei Vorreiter“, sagt Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner.

Der jüngste Hitzegipfel der Bundesregierung sei „ein wichtiger und notwendiger Schritt, um den bundesweiten gesetzlichen Rahmen für Schulen und Wohnbauten neu zu justieren“, betont sie.

In Niederösterreich habe man schon im Juni das neue NÖ Klima- und Energieprogramm 2030 mit 305 konkreten Einzelmaßnahmen beschlossen, die nun so rasch wie möglich umgesetzt werden, so die Landeshauptfrau: „Zur aktuellen Hitzewelle bin ich mit allen Sicherheitsbehörden und Landesstellen im ständigen Austausch. Entscheidend ist das konkrete Schützen der Menschen durch eine funktionierende Infrastruktur. Und genau das tun wir: Wir unterstützen unsere Gemeinden aktiv bei Entsiegelung, Begrünung und Beschattung – wie das aktuelle Praxisbeispiel am Nibelungenplatz in Tulln zeigt. Für den Schutz vulnerabler Gruppen wie älterer Menschen und Kinder verfügt Niederösterreich seit Jahren über ein eigenes, etabliertes Hitzewarnsystem für Pflege- und Gesundheitseinrichtungen. Auch beim Trinkwasser als unserer wichtigsten Lebensgrundlage gibt es keine Kompromisse. Im Gegenteil: Die Absicherung unserer Trinkwasserversorgung zählt in unserem Land zu unseren Leuchtturmprojekten. Und dementsprechend wird auch laufend investiert. Und unsere niederösterreichischen Feuerwehren zählen seit Jahren zu den am besten ausgebildeten und am besten ausgerüsteten Einsatzkräften der Welt.“

Die Landeshauptfrau: „Die Menschen erwarten sich zu Recht, dass die Politik vorsorgt und Verantwortung übernimmt. Genau das machen wir seit Jahren in

Presseinformation

Niederösterreich, wie auch die aktuellen Daten des Umweltbundesamts belegen. Der Bund hat mit seinen Beschlüssen nun zusätzlich Möglichkeiten geschaffen – und Niederösterreich bringt die echten Lösungen direkt auf den Boden in die Gemeinden.“